

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr
vom 1. bis 16. Juli 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Post 1,70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 3,40 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Anzeigen-Preise:
Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 80 mm breite Zeile 15 Wp., für auswärts 40 Wp., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wp., außerhalb 25 Wp., die 90 mm breite Zeile 200 Wp., außerhalb 250 Wp. Effektivgebühren 80 Wp. Ausländische Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckerei:
Maximilianstraße 38/42
Druck und Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Sendungen werden nicht aufbewahrt.

Neue Aktion des Bundes für Reichsreform.

Die bevorstehende Regierungserklärung

Den Sozialdemokraten wird hinge.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Juli. Wie bereits gemeldet, tritt heute nachmittag 3 Uhr der Reichstag zusammen, um die Regierungserklärung des Reichskanzlers entgegenzunehmen. Bereits heute vormittag haben einzelne Fraktionen Sitzungen abgehalten, und im Reichstag entwickelt sich das übliche Bild eines bevorstehenden „großen Tages“. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Art und Weise, wie sich die Sozialdemokratie den kommenden Tatsachen gegenüber verhalten wird. Der „Sozialdemokratische Pressebericht“ befaßt sich in auffälliger Zurückhaltung mit der kommenden Arbeit des Kabinetts Müller, an dessen längere Lebensdauer er fröhlich glaubt. Das Programm soll danach ein Programm auf längere Sicht sein. Dann schreibt der parteiöffentliche Dienst: Das Kabinett leitet sich aus fünf Parteien zusammen und selbst selbstverständlich an all den Schwächen, die Koalitionsregierungen anhaften. Sozialistische Lösungen können wir von ihm nicht erwarten. Verlangen können wir aber, daß bei allen Entscheidungen und allen Maßnahmen, die getroffen werden, der sozialdemokratische Einfluß bemerkbar wird. Auf der andern Seite

müß auch die Sozialdemokratie Jungschändnisse machen.

Jedenfalls werden wir aber auf daran tun, dem Wortlaut der Regierungserklärung, die ganz naturgemäß schon wegen der Kürze der für ihre Formulierung zur Verfügung stehenden Zeit eine Anzahl von Zweifelsfragen offen lassen muß, seine übertriebene Bedeutung beizulegen. Sie ist **Auftakt und Vorwort, das Wesentliche der praktischen Arbeit folgt nach.** Am Donnerstag werden vermutlich die ersten Entscheidungen über das Kabinett fallen. Die Regierung muß das Vertrauen des Reichstags haben. Ob sie dabei auf dem Wort „**Vertrauen**“ besteht oder ob sie sich mit „**Billigung**“ ihrer Erklärung zufriedengibt, ist von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. . . .

Diese amtliche sozialdemokratische Erklärung ist von großem Interesse. Sie zeigt, daß die Sozialdemokraten, die während der Wahlen den Mund nicht voll genug nehmen konnten, heute rechtlich kleinlaut geworden sind. Offenbar hat die Sozialdemokratie befürchtet, daß ihr von der einen Partei, vor allem durch den radikalen linken Flügel, auf Grund der Regierungserklärung, die wahrscheinlich „auf bürgerlich“ ausfallen wird, schwere Vorwürfe gemacht werden könnten. Deshalb sucht sie schon im Voraus das Feuer zu löschen, das offenbar von der Parteileitung erwartet wird. Deshalb redet sie auch davon, daß man der Regierungserklärung keine übertriebene Bedeutung beilegen solle. Im allgemeinen ist doch die Regierungserklärung sehr bedeutsam. Sie erklärt, was die Regierung vor hat, was sie plant und was sie durchzuführen gedenkt. Wie man praktische Arbeit ohne Richtlinien, ohne genaue Pläne leisten will, ist eine Rätselfrage. Ohne Planung geht doch so etwas nicht. Offenbar ist heute schon in der Sozialdemokratie die größte Konfusion eingetreten.

Außerdem scheint aus der Erklärung hervorzugehen, daß die neue Regierung, die Breitburgia auf Müller-Frankens Verlangen ein Vertrauensvotum forderte, heute bereits geneigt ist, von dieser Grundforderung langsam abzugeben. Die Sozialdemokratie, die nichts mehr fürchtet, als daß die neue Regierung gleich im Anfang wieder aus dem Leim gehen könnte, ist jetzt offenbar dazu bereit, unter das Joch einer nächsten und freibleibenden Billigungsformel zu kriechen.

Anträge der Parteien.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Juli. Reichsjustizminister Koch-Weser hatte im Laufe des Vormittags eine Besprechung mit Vertretern der Koalitionsparteien, die der Friedigung der vorliegenden Anträge galt. Die Besprechungen sollen morgen und in den nächsten Tagen noch fortgesetzt werden. Die Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstags werden unter diesen Umständen zunächst noch nicht beginnen, da die Koalitionsparteien erst unter sich eine Einigung herbeiführen wollen.

Im übrigen sind beim Reichstag eine Anzahl Anträge eingelaufen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ersucht die Reichsregierung, alsbald den

Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes

in einer Fassung vorzulegen, die eine fühlbare Senkung der Realsteuer gewährleistet. Weiter wird die Reichsregierung ersucht, alsbald einen Entwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vorzulegen, nach welchem die aus selbständiger Tätigkeit fließenden Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt veranlagt werden. Schließlich soll ein Einkommensteuertarif vorgelegt werden, wonach bei den Lohnsteuerpflichtigen und bei den zu veranlagenden Steuerpflichtigen mit einem 8000 Mark nicht übersteigenden Einkommen eine durchschnittlich 20prozentige Senkung des Steuerbetrags eintritt. Bei Einkommen bis zu 40000 Mark soll eine Senkung von 15 bis 20 Prozent eintreten, bei den höheren soll die Grenze der Belastung 3 1/2 Prozent nicht überschreiten. Der Eingangsteuerfuß von 10 Prozent soll beibehalten werden.

Museinandersehung Eugenbergs—Luther.

Vorzeltige Polemik.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Juli. Wer seit dem letzten, nun schon geraume Zeit zurückliegenden Hervortreten des Bundes für Reichsreform, der seinerzeit vom Reichskanzler a. D. Dr. Luther ins Leben gerufen worden war, glaubte, daß es sich hier um eine Organisation handle, deren Aufgaben mit einem einmaligen Auftruf erfüllt seien, befand sich im Irrtum. In kleinerem unterrichteten Kreise wußte man bereits seit Monaten, daß dort lebhaft gearbeitet wurde und daß unter der besonderen Initiative Dr. Luthers

eine neue große Aktion vorbereitet

wurde mit dem Ziel, die abermalig festgefrorene Verfassungs- und Verwaltungsreform des Deutschen Reiches weiter vorwärts zu treiben. Ein Kreis von Mitarbeitern hatte sich Dr. Luther zur Verfügung gestellt. Sorgfältige Vorschläge wurden ausgearbeitet, um zu Beginn der Parlaamentssession mit einem neuen großangelegten und wohlüberlegten Plan an die Öffentlichkeit zu treten. Dieser Kreis war bislang verpflichtet, über die Arbeiten aus begründlichen Gründen stillschweigen zu bewahren, und tatsächlich ist bis heute noch nichts darüber in die Öffentlichkeit gedrungen. Es würde wohl auch ein Ueberraschungserfolg erzielt worden sein, hätte nicht einer der Mitarbeiter, die Dr. Luther vor der Veröffentlichung seiner Vorschläge ins Vertrauen zog, es für richtig gehalten, bereits vor der offiziellen Veröffentlichung die Angelegenheit polemisch zu behandeln. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Eugenbergs aber nunmehr im „Berliner Volks-Anzeiger“ zum Angriff auf die Arbeit übergeht, ist die Vertraulichkeit in gewissem Grade gebrochen, weshalb es notwendig erscheint, einmal die neuen Pläne in ihren Grundzügen zu kennzeichnen.

Die neuen Reformvorschlüge Dr. Luthers waren auf Grund fundierter wissenschaftlicher Arbeiten vorbereitet worden. Es handelt sich nicht nur mehr darum, allgemeine Anregungen zur Reichsverfassungs- und Verwaltungsreform zu geben, sondern genau und präzis den Weg zu zeigen, auf dem solche Reformen erzielt werden können. Der Kreis, der sich als Bund zur Erneuerung des Reiches zusammengelunden hat, steht auf dem Standpunkt, daß jeder Schritt und jeder Vorschlag im einzelnen zu begründen sei und daß man sogar so weit gehen muß, bereits die notwendigen Verfassungsänderungen staatsrechtlich und verfassungsrechtlich vorzubereiten, damit nicht wieder ein Fehlschlag die Folge sei, wie bei ungeschickten Vorschlägen zur Reichsreform, die in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit erörtert worden sind.

Unter den hervorragenden Persönlichkeiten, an die sich Dr. Luther darüber hinaus wandte, mit der Bitte, ihm ihre Stellungnahme mitteilen zu lassen und befallendenfalls unter die Vorschläge ihre Unterschriften zu setzen, befand sich auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Eugenbergs. Dr. Eugenbergs hat geäußert, die Vorschläge ablehnen zu sollen und hat bereits heute im „Berliner Volks-Anzeiger“ einen Brief veröffentlicht.

den er in Sachen der Verfassungs- und Verwaltungsreform an Dr. Luther gerichtet hat. In dem Briefe heißt es: Sie hatten die Freundlichkeit, mir das Ergebnis der Beratungen

des Bundes zur Erneuerung des Reiches zu übergeben und mich um Mitunterzeichnung der Veltläge zu ersuchen. Ich bedauere außerordentlich, daß ich der Taktik so mancher hervorragender Männer unserer Wirtschaft auch in diesem Punkte nicht folgen kann. Ich komme immer mehr und mehr zu der Auffassung, daß der Grundzug unserer heutigen bürgerlichen Welt die Angst vor dem Anpaßen der wirklichen Probleme und Zusammenhänge des Augenblicks ist. Ihre Vorschläge, die mir nunmehr vorliegen, kann ich in keiner Weise befürworten, sondern ich muß auch öffentlich dagegen Stellung nehmen. Ich habe seinerzeit nicht Preußen zugeschworen, sondern dem Großstaat Preußen wieder die Hegemonie in Deutschland geben wollen. Ich habe damit auch den lebensfähigen Einzelstaaten das Dasein und die Selbständigkeit retten wollen, um ein wirkliches Gegengewicht gegen die tödende Zentralisation aufrechtzuerhalten, von der wir bedroht sind.

Der vorliegende Entwurf spricht auch von Dezentralisation, wird aber nur zur erhöhten Zentralisation und der

Provinzialisierung der letzten Einzelstaaten

führen, und zwar schon aus dem Grunde, weil er an der Frage des deutschen Parlamentarismus vorbeigeht. Heute ist das Stadium längst überholt, in dem man die Frage „Reich und Preußen“ gesondert von der Frage des alles vernichtenden deutschen Parlaments- und Parteiwesens betrachtet könnte. Wie die Erbsbergerische Steuerreform mit ihrem gleichzeitigen Umwerfen sowohl der Steuererhebung als auch des Steuerbehördenwesens zunächst zu einer grenzenlosen Steueranarchie und dann zu einem nie dagewesenen Steuerbürokratismus geführt hat, so würde der Vorschlag des Bundes, durch das Umstürzen des Bestehenden und die Nichtbefolgung des eigentlichen Ursprungs der Verwirrung nur zu ähnlichen Ergebnissen auf dem Gebiete unserer gemeinsamen Verfassung und Verwaltung führen. Die Wirtschaft würde zunächst diesen Versuch mit unerhörten Kosten und Belästigungen zu bezahlen haben. Der Weg der Entwirrung des gordischen Knotens liegt nur in der Richtung, daß zunächst im Bereich unseres Verfassungsorganismus für Ordnung gesorgt wird. In diesem Zwecke muß vor allem an dem Artikel 54 der Reichsverfassung und die entsprechende Bestimmung der preussischen Verfassung, also die Abhängigkeit jeder Regierung von den wechselnden Vertrauens- und Mißtrauensvoten wechselnder Parlaamentskoalitionen, mit anderen Worten die Grundlage unseres Parteiensystems durch eine Volksabstimmung — dies ist der einzige Weg — beseitigt werden.

Daran kann sich unmittelbar die Gesundung des nunmehr allerorts als unumgänglich erkannten Verhältnisses zwischen Reich und Preußen schließen, indem der Reichspräsident zugleich Staatspräsident wird und dann gleichzeitig die Minister im Reich und in Preußen ernannt. Alles weitere ist spätere Sorge. Diese Frage ist aber nicht mit taktischen Winkelzügen und nicht in Klubzimmern zu lösen, sondern nur von dem ganzen Volke. Dieses ist von der Entrüstung über unser heutiges Parlaments- und Parteiensystem schon in solchem Maße erfüllt, daß es nur der einheitlichen Lösung seitens der führenden Köpfe und Kräfte bedürfte, um der rettenden Tat in absehbarer naher Zukunft die Wege zu ebnen.

„Jungnationaler Ring.“

Ein Zusammenschluß rechtsstehender Republikaner.

Berlin, 3. Juli. In der Reichshauptstadt hat sich ein Kreis von rechtsstehenden Politikern gebildet, der demnächst möglicherweise unter dem Namen „Jungnationaler Ring“ vor die Öffentlichkeit treten will. Zu den internen Vorgängen bei der Deutschnationalen Volkspartei erklärt dieser Kreis: Nicht um republikanisch oder monarchistisch geht es, sondern um Aufstieg oder Stagnation. Wir bekennen uns zur Republik, weil wir aus ihr ein neues größeres Deutschland hervorgehen lassen wollen. Das monarchische Problem ist gegenüber dem Hauptfordernis, den Staat zu härten und die Nation zu einen, gar nicht aktuell. Wenn wir der Deutschnationalen Volkspartei zu dem Kampf der Lambach und Everlinge einen Rat geben dürfen, so ist es der: Dem Vorschlage Lambach „gleiches Recht, der Monarchisten und Republikaner in einer konservativen Partei“ zu willfahren, was fürchtbar einfach ist, weil eine derartige Partitität praktisch längst besteht.

Ausschlußverfahren aus Anlaß des Falles Lambach.

Dannover, 2. Juli. Wie der Dannoverische Kreisverein der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, hat er gegen den Vorsitzenden des Angestellten-Ausschusses des Kreisvereins, Teichmann, der Beamter im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband ist, sowie gegen den Gauvorsitzer des D. N. V., Evers, und das Mitglied Holz wegen grober Disziplinwidrigkeit und Schädigung des Ansehens der Partei das Ausschlußverfahren eingeleitet. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 2. Juli die Auflösung des Angestellten-Ausschusses ausgesprochen.

Kein Zusammenreffen Stresemann—Benesch

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Juli. Dr. Stresemann, der sich bekanntlich in dem Sanatorium Wähler-Höhe bei Baden-Baden aufhält, erklärte einem Journalisten, daß er zwar nach Karlsbad gehen würde, um dort seine Gesundheit wieder herzustellen, daß aber die Nachricht, er werde dort mit dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch eine Zusammenkunft haben, lediglich auf Kombinationen beruhe. Stresemann dementierte alle derartigen Gerüchte mit Entschiedenheit.

Im übrigen wird Dr. Stresemann morgen als Trauzeuge an der Hochzeit seines Privatsekretärs, des Konzils Vernerhard, teilnehmen. Konzil Bernhart, bereits seit mehreren Jahren der vertraute Mitarbeiter des Reichsaussenministers, ist gebürtiger Dresdner.